



Verkehrsausschuss

53. Sitzung (öffentlich)

18. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Manfred Hemmer (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 a Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660

Vorlagen 13/2363 und 13/2451

Einzelplan 08 - Bereich Verkehr

b Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgeltes für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4528 (Neudruck)

Vorlage 13/2383

1

Zu TOP 1 a findet eine Aussprache zum Bericht des Ministers, gegeben mit Vorlage 13/2451, statt, an die sich die Einzelplanberatung anschließt.

Zu TOP 1 b gibt es keine Wortmeldungen; morgen findet zum Wasserentnahmeentgeltgesetz eine Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses statt.

2 Bestandsaufnahme der Defizite des Landesstraßenbaus in NRW

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/3428

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

7

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

3 Park & Rail - NRW braucht neue Konzepte in der Bahnpolitik

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/4392

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

8

Die Abstimmung wird vertagt, um einen Bericht des Ministeriums abzuwarten.

4 NRW braucht Tempo;

FFH heißt auch: Freie Fahrt auf Hauptwasserstraßen.

Für den Fall einer geplanten FFH-Ausweisung am und im Rhein den umweltfreundlichen Transportweg "Wasserstraße Rhein" sichern.

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/4444

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

10

Der Ausschuss beschließt einstimmig, kein Votum abzugeben mit der Maßgabe an den federführenden Ausschuss, die Kabinettsentscheidung in seine Beurteilung einzubeziehen.

5 Daseinsvorsorge im Spannungsverhältnis von Allgemeinwohl und Wettbewerb

Antrag der Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4558

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

12

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die
Stimmen von CDU und FDP angenommen.

6 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4559

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

13

Der Ausschuss beschließt, kein Votum abzugeben.

7 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen - Landes-Hafenentsorgungsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4579

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

13

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und
Grünen einstimmig angenommen.

**8 VIERTEN SPIEGEL FÜR LKW VERPFLICHTEND EINFÜHREN! -
Toten Winkel als Unfallrisiko für Zweiradfahrer und Fußgänger reduzieren!**

Antrag der Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4704

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 14

Die Abstimmung wird vertagt, um das Ergebnis des Forschungsprojekts auf Bundesebene abzuwarten.

9 Ansiedlung der EASA in Köln 15

StS Hennerkes (MVEL) berichtet.

Nächste Sitzung: 8. Januar 2004

Verkehrsausschuss
53. Sitzung (öffentlich)

18.12.2003
mr-beh

Aus der Diskussion

1 a Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660

Vorlagen 13/2363 und 13/2451

Einzelplan 08 - Bereich Verkehr

b Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgeltes für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4528 (Neudruck)

Vorlage 13/2383

Zu TOP 1 a eröffnet **Vorsitzender Manfred Hemmer** die Aussprache über den Einführungsbericht des Ministers, gegeben mit Vorlage 13/2451.

Heinz Hardt (CDU) führt aus, erstmalig liege ein Doppelhaushalt für 2004/2005 vor, der wegen der Kommunalwahl 2005 politisch motiviert sei. Die Gesamtsumme für den Verkehrshaushalt sei im Großen und Ganzen geblieben wie bisher: in diesem Jahre 2,15 Milliarden € und in 2004 rund 2,14 Milliarden €. Dieser Haushalt gebe dem Land keinen Schub nach vorne. Denn obwohl die zur Verfügung stehende Gesamtsumme etwa gleich geblieben sei, werde der Landesstraßenbau im investiven Bereich um 10 % gekürzt. Die Erhaltungsinvestitionen fielen von 48 Millionen € auf 43,2 Millionen € und der Landesstraßenausbauplan, an dem das Parlament beteiligt sei, werde von 67 Millionen € auf 60,3 Millionen € gekürzt. Vor dem Hintergrund von 820.000 Arbeitslosen in NRW und einem im Vergleich zu anderen Bundesländern niedrigeren Wirtschaftswachstum würden dadurch keine Arbeitsplätze gesichert, stabilisiert oder sogar neu geschaffen.

Der Minister habe davon gesprochen, dass NRW über eines der leistungsfähigsten Infrastrukturnetze der Welt verfüge (siehe Vorlage 13/2451, S. 3). Am Schluss der Einführungsrede heiße es, NRW sei aufgrund dieses Haushaltsentwurfs in der Lage, die Verkehrsinfrastruktur des Landes weiter zu entwickeln, und damit bleibe NRW auch in Zukunft mobil. - Diese Ausführungen wolle er mit einem Fragezeichen versehen und das Wort "hoffentlich" davor setzen.

Verkehrsausschuss
53. Sitzung (öffentlich)

18.12.2003
mr-beh

Der Minister habe in seinem Einführungsbericht angekündigt, beim Landesbetrieb Straßenbau Personal abzubauen. In 2003 seien dort bereits 160 Stellen abgebaut worden. Nun solle im kommenden Jahr ein weiterer Abbau von 212 Stellen vorgenommen werden. - Außerdem würden beim Landesbetrieb Straßenbau laut Ankündigung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Moron zusätzlich zu den Summen, die bereits zum Abbau vorgesehen seien, 2004 14 Millionen € und 2005 11 Millionen € eingespart.

Die CDU sei der Auffassung, dass es dadurch schwieriger werden könne, die Planungsreife von Projekten zu erreichen und Maßnahmen ordnungsgemäß und zeitnah abzuschließen. Gerade in finanziell angespannten Bereichen müssten immer planungsreife Projekte in der Schublade liegen, damit man, wenn ein unerwarteter Geldsegen zur Verfügung stehe, auch daran partizipieren könne.

Der Minister spreche davon, ein modernes Erhaltungsmanagement schaffen zu wollen, damit die volkswirtschaftlich wichtige Landesstraßeninfrastruktur trotz der 10-%igen Mittelkürzungen uneingeschränkt nutzbar bleibe. Immer wenn es bergab gehe, werde etwas Neues erfunden, aber in der Realität würden beim Landesstraßenbau 10 % gestrichen.

Wenn die Maut nicht kommen werde - das sei zu erwarten -, sehe es für Nordrhein-Westfalen schlecht aus. Für die Sitzung am 5. Februar bitte er um einen schriftlichen Bericht des Ministers zu den mautfinanzierten Straßenbaumaßnahmen.

Heute sei es nicht möglich, diesen Haushalt abschließend zu bewerten, da der Finanzminister gestern für den 6. Januar eine Zweite Ergänzungsvorlage angekündigt habe. Damit könne sich die CDU an den Haushaltsberatungen dieses Ausschusses am 8. Januar 2004 nicht beteiligen, da sich die Fraktion in dieser kurzen Zeit kein Urteil bilden könne. Auch die Ankündigungen von Herrn Moron müssten vor dem Hintergrund der Betrachtungsweise des Vermittlungsausschusses noch einmal bewertet werden. Deshalb habe die CDU vor, all ihre Anträge - auch die, die den Verkehrsausschuss betreffen - im Haushalts- und Finanzausschuss zu stellen. Ein solches Desaster bei Haushaltsplanberatungen habe er - Hardt - in all den Jahren noch nie erlebt.

Die CDU stehe zur Verwirklichung der S-Schnellbahn im Ruhrgebiet - Rhein-Ruhr-Wupper - in Jahresphasen. Der Bund stehe zu seinem Wort und stelle Nordrhein-Westfalen für 2004 rund 1,095 Milliarden € und 2005 rund 1,111 Milliarden € an Regionalisierungsmitteln zur Verfügung. Der Minister habe vorgeschlagen, daraus die 45 a-Mittel zu finanzieren und somit die Mittel für Schüler- und Studententickets nicht zu kürzen. Von Herrn Moron höre man wieder etwas anderes.

Gegen diese Kürzung der Regionalisierungsmittel wende sich die CDU. Damals, als das ÖPNV-Gesetz zur Debatte gestanden habe, hätten alle Kreise und kreisfreien Städte rund 0,5 Millionen € als Aufgabenträgerpauschale und zur Koordinationsübernahme zur Verfügung gestellt bekommen. Wenn nun angekündigt werde, diese Gelder im Jahre 2004 auf 175.000 € zu kürzen - minus 65 % - und im Jahr 2005 auf 130.000 € - minus 72 % -, dann müsse die CDU feststellen, dass der Landeshaushalt noch nicht so marode sei, um die Kommunen zu bestrafen und etwas anderes zu finanzieren, zumal die Kommunen gerade an der Feinjustierung - auch im Zusammenhang mit dem ITF 2 - arbeiteten.

Verkehrsausschuss
53. Sitzung (öffentlich)

18.12.2003
mr-beh

Auch beim ITF 2 werde die Anzahl der Zugkilometer zurückgenommen, wenn auch nur marginal. Bei dem maroden Schienennetz sei die Bundesbahn, gar nicht in der Lage, den ITF 2 zu schaffen. Wenn im Herbst das erste Laub falle, habe der Bahnkunde das Nachsehen. Man habe den ITF 2 wohl zu euphorisch betrachtet. Empfehlenswert sei auch eine Bestandsaufnahme der Frequentierung der S-Bahn-Verbindungen.

Zum Bereich Luftfahrt habe man festgestellt, dass nicht nur Düsseldorf, sondern auch Weeze-Laarbruch das Kürzel DUS führten.

Für die Haushaltsberatungen interessant sei auch Folgendes: Ende 1997 seien Flughafenanteile des Flughafens Düsseldorf an Hochtief veräußert worden. In den Verträgen stehe, dass 100 Millionen DM auf ein Treuhandkonto zu zahlen seien: Fünf Jahre lang würden 20 Millionen DM zu Ende des Jahres ausgelobt. Die Gelder stünden entweder dem Land oder Hochtief zu. Die CDU interessiere sich für den aktuellen Stand und wohin das Geld geflossen sei.

In diesem Zusammenhang wolle die CDU auch wissen, ob auch das Land daran denke, noch in dieser Wahlperiode seine Anteile an Köln/Bonn zu veräußern. Denn der Bund müsse das jetzt tun, so der Beschluss des Vermittlungsausschusses.

Als Nächstes bitte man um Auskunft zum Stand, die Europäische Agentur für Luftsicherheit nach Köln zu bringen.

Heute liege lediglich eine Momentaufnahme des Haushalts vor. Wie man gehört habe, würden die Koalitionsfraktionen laut Moron 153 Änderungsanträge stellen. Damit werde die Haushaltsberatung zu einem Buch mit sieben Siegeln, das auch noch für zwei Jahre gelte.

Vorsitzender Manfred Hemmer bittet, die Anträge für den Verkehrshaushalt gemeinsam am 8. Januar zu beraten.

Gerhard Wirth (SPD) macht deutlich, dass auch die Koalitionsfraktionen den Haushaltsentwurf von der Landesregierung bekommen hätten. Man habe ihn beraten, sei zu Ergebnissen gekommen und werde auch Anträge dazu stellen. Genauso hätte die CDU auch vorgehen können.

Christof Rasche (FDP) spricht folgende Themen an:

Die Mittel für den Straßenbau seien so gering, dass sie zwar den Finanzproblemen des Landes Rechnung trügen, nicht aber den Verkehrsproblemen des Landes. Deshalb nehme er die Summen auch nicht ernst; sie würden sich sicher noch ändern.

Zu den Verkehrslandeplätzen solle im Frühjahr ein Gutachten vorgelegt werden. Diese Gutachten hätten eigentlich zur Aufstellung des Haushalts vorliegen müssen, da sonst die grundlegenden Daten fehlten.

Die Verwendung der 45 a-Mittel sei umstritten. Morgen finde hierzu noch eine Anhörung statt. Er sei gespannt auf ihr Ergebnis.

Verkehrsausschuss
53. Sitzung (öffentlich)

18.12.2003
mr-beh

Zu den Regionalisierungsmitteln des Bundes lese man in der Presse widersprüchliche Meldungen. Ihn interessiere, zu welchen Reduzierungen es kommen werde.

Im ÖPNV/SPNV-Bereich sollten 30 Millionen € eingespart werden. Er wolle gerne wissen, ob die Zugkilometer oder die Aufgabenträgerpauschale gekürzt werde oder beides.

Der Minister habe vor zwei Wochen angekündigt, Überlegungen anzustellen, die DB AG durch Zurückhalten von Haushaltsmitteln unter Druck zu setzen, die nur im Nachhinein bei einem verlässlichen Fahrplan ausgezahlt würden. Die FDP bitte um das Ergebnis dieser Prüfung.

Der Abgeordnete fragt, ob ein Verkauf des Flughafens Köln oder des Logports in Duisburg erwogen werde. Die Verkaufserlöse seien ja dann auch für den Verkehrsbereich haushaltsrelevant.

Er halte es im Sinne der Verkehrspolitik dieses Landes für falsch, wenn Anträge, den Verkehrsbereich betreffend, nicht im Verkehrsausschuss, sondern im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert und somit nur noch finanzpolitisch betrachtet würden. Auch die FDP-Landtagsfraktion müsse die Zweite Ergänzungsvorlage in der Fraktion besprechen können und hoffe auf einen vernünftigen Ablauf, wenn nötig, auf andere Termine, um ihre Anträge im Verkehrsausschuss vorzulegen.

Peter Eichenseher (GRÜNE) wendet sich ebenfalls dagegen, die Anträge zur Verkehrspolitik nicht im Verkehrsausschuss, sondern im Haushalts- und Finanzausschuss zu diskutieren. - Heinz Hardt habe ausführlich Stellung genommen, jedoch in der Tendenz nicht erkennen lassen, wo die CDU Weichen stellen wolle. Die Grünen wollten Folgendes erreichen:

Er halte es nicht für richtig, so kurz nach Veröffentlichung des Fahrplans 2004 gravierende Kürzungen bei den Zugkilometern vorzunehmen. Hier werde eine Veränderung des Regierungsentwurfs in Richtung Kürzung der Aufgabenträgerpauschale erfolgen. Dieser Weg sei verträglicher, weil er keine gravierenden Auswirkungen auf die Verkehrsleistung habe. Zudem gebe es Kompensationsmöglichkeiten über andere Förderprogramme, die die Aufgabenträger wahrnehmen könnten.

Der Abgeordnete weist darauf hin, dass die CDU maßgeblich daran beteiligt gewesen sei, dass die Einigung im Vermittlungsausschuss so unverantwortlich spät zustande gekommen sei.

Beim Verkauf von Landesanteilen an Flughäfen sei nicht kurzfristig mit Erlösen zu rechnen. Das habe der Verkauf des Flughafens Düsseldorf gezeigt. Auch der Bund werde sich schwer tun, für die Haushalte 2004 und 2005 Erlöse zu erwirtschaften. Denn bei guter Arbeit benötige man zwei bis drei Jahre, um ein akzeptables Ergebnis zu erreichen.

Er bitte die CDU, ihre Auffassung zu überdenken und ihre Anträge in den Fachausschüssen zu diskutieren.

Minister Dr. Axel Horstmann nimmt Stellung. Es treffe zu, dass die Summen des Verkehrshaushalts im Wesentlichen hätten gehalten werden können. Trotz aller Konsolidie-

Verkehrsausschuss

18.12.2003

53. Sitzung (öffentlich)

mr-beh

rungszwänge stünden 2004 und 2005 ungefähr die gleichen Mittel zur Verfügung wie 2003. Das hänge damit zusammen, dass der Verkehrshaushalt ein Investitionshaushalt sei. Zudem würden in erheblichem Umfang Bundesmittel eingesetzt. Es habe aber auch damit zu tun, dass die Landesregierung nicht wolle, dass der Verkehrshaushalt eines Landes, das als Produktionsstandort Mobilität benötige, ein Schwerpunkt von Kürzungen werde. Gleichwohl müsse sich auch der Verkehrshaushalt sowohl bei den Straßen als auch den öffentlichen Verkehren dem Konsolidierungsbedarf stellen.

Die Kürzungen beim Straßenbau seien bitter. Man werde durch ein möglichst gutes Management dafür sorgen müssen, den Aufgaben auch mit verminderten Mitteln gerecht zu werden.

Änderungsanträge würden noch gestellt. Wenn sie sich gegen Kürzungen richteten, werde es um eine Verlagerung von Kürzungen gehen. Die Landesregierung sei bestrebt, den Konsolidierungszwang, den man nicht umgehen könne, soweit wie möglich unter Schonung der Investitionsmittel zu vollziehen. Das schließe den Versuch ein, prioritär konsumtive Mittel im Verkehrshaushalt einzusparen und Investitionsmittel zu schonen. Die Absetzung von Stellen beim Landesbetrieb Straßenbau sei eine Folge dieser Anstrengung, Kürzungen für die Konsolidierungserfordernisse durch Einsparungen bei konsumtiven Ausgaben insbesondere im administrativen Bereich zu realisieren. Dies geschehe jedoch nicht zulasten der Leistung, sondern durch Realisierung von Effizienzgewinnen.

Die von ihm angekündigten Effizienzgewinne würden also anfallen, obwohl Kollege Hardt dies stets angezweifelt habe. Durch die Absetzung von Stellen im Landesbetrieb Straßenbau werde nicht eine einzige Maßnahme in Planung oder Durchführung in Gefahr geraten. Dies schließe er aus. Zurzeit gebe es einen Planungsüberhang. Man könnte von der planerischen Vorbereitung her mehr bauen als tatsächlich an Baumitteln zur Verfügung stünden, obwohl in Nordrhein-Westfalen im Augenblick sehr viel gebaut werde.

Auch der ÖPNV-Bereich müsse einen Konsolidierungsbeitrag leisten. Pro Jahr würden in Nordrhein-Westfalen 1,5 Milliarden € für den ÖPNV ausgegeben. Da es sich hier um gesetzliche Verpflichtungen handele, führe der Konsolidierungszwang zu einem entsprechenden Vorschlag im Haushaltsbegleitgesetz, wie die Sparverpflichtung in Höhe von 30 Millionen € aufgebracht werden solle. Zunächst habe man favorisiert, die 45 a-Mittel zu kürzen.

Davon sei man abgekommen, weil es insbesondere um die Mobilität von Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen gehe und man hier noch Verbesserungen für notwendig halte. Man wolle, dass die Schülertickets, eingeführt in einigen Verbundräumen in Nordrhein-Westfalen, möglichst in allen Verbundräumen eingerichtet würden: deshalb die Befrachtung von Regionalisierungsmitteln durch 45 a-Mittel, übrigens keine NRW-Lösung, sondern viele Bundesländer hätten dies bereits vorgemacht. Einige Bundesländer finanzierten die 45 a-Mittel sogar vollständig aus Regionalisierungsmitteln; Nordrhein-Westfalen habe nur ein Sechstel vorgesehen.

Statt die 45 a-Mittel zu kürzen, habe die Landesregierung vorgeschlagen, die Kürzungen beim SPNV anzusetzen. Unter Wahrung des derzeitig garantierten Leistungsangebots des ÖPNVG NRW sei das nicht möglich. Bei Absenkung des förderbaren Leis-

Verkehrsausschuss

18.12.2003

53. Sitzung (öffentlich)

mr-beh

tungsangebots müsse das ÖPNVG NRW geändert werden. Er könne gut verstehen, dass dies kritisiert werde. Aber neue Vorschläge wie der von Peter Eichenseher würden andere kontroverse Debatten auslösen.

Was die Regionalisierungsmittel des Bundes angehe, sei noch immer keine endgültige Klarheit in den Feinheiten gegeben. Nach seiner Informationslage versuchten die Koalitionsfraktionen in Berlin, die Regionalisierungsmittel, die GVFG-Mittel, aber auch die Investitionsmittel nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz weitestgehend zu schonen. Bald werde man es wohl wissen.

Zusammen mit den Zweckverbänden beschäftige man sich mit dem Einbehalten von DB-Mitteln. Dies löse jedoch keine Haushaltsprobleme; denn für den Eventualfall müsse man darauf vorbereitet sein, die Mittel auszahlen zu müssen.

Auch eventuelle Verkaufserlöse würden die Haushaltssituation nicht verbessern. Die Landesregierung habe keine Verkaufserlöse in den Haushaltsentwurf eingeplant und habe dies auch nicht vor. Es sei nicht klug, dass sich der Ministerpräsident jenseits der Erklärung einer grundsätzlichen Verkaufsbereitschaft selbst unter Druck setze, in einem bestimmten Haushaltsjahr entsprechende Veräußerungserlöse zu erzielen. Das schwäche die Verhandlungsposition.

Einen Bericht zu den Verkaufserlösen aus dem Düsseldorfer Flughafen reiche er gerne nach (siehe Vorlage 13/2547). Summen, die von der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes erlöst würden, flössen nicht in den Verkehrshaushalt, sondern kämen dem Einzelplan 20 zugute.

Die EASA komme nach Köln - eine für Köln und die Region gute Nachricht. Entsprechende Mittel seien im Haushalt eingeplant. Auf mittlere Sicht rechne er damit, dass dadurch in Köln etwa 300 Arbeitsplätze entstünden.

Zum Kürzel DUS: Sowohl Düsseldorf als auch Mönchengladbach hätten bereits das technische Kürzel DUS. Die Zustimmung Düsseldorfs, dass Mönchengladbach den Zusatz DUS tragen dürfe, löse laut IATA einen Anspruch von Weeze-Laarbruch aus, auch unter DUS firmieren zu dürfen. Deshalb habe es nach der derzeitigen rechtlichen Betrachtung für die Landesregierung keine Möglichkeit gegeben, dem zu widersprechen.

Durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers, terminiert zum 6. Januar 2004, rechne er nicht mit wesentlichen Änderungen des Verkehrshaushalts.

Günter Langen (CDU) zeigt sich zufrieden über die Effizienzgewinne beim Landesbetrieb Straßenbau und dass keine Planungsrückstände vorhanden seien. In seinem Wahlkreis werde allerdings die schleppende Bearbeitung der Planungsfeststellungsbeschlüsse beklagt. Ihn interessiere, ob zukünftig mit einer schnelleren Abwicklung zu rechnen sei.

Bernhard Schemmer (CDU) verweist darauf, dass die Verkehrslandeplätze bis zum Jahresende EU-richtliniengerecht auszubauen seien, und bittet, das weiter Procedere zu nennen.

Verkehrsausschuss
53. Sitzung (öffentlich)

18.12.2003
mr-beh

Bei den Um- und Ausbaumaßnahmen bis 3 Millionen € stünden im Haushalt 9 Millionen € und 8 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen. Da die Kommunen aus Not aber bereits 7 Millionen € vorfinanziert hätten - das begrüße er - könne man nicht von Gestaltung sprechen.

Minister Dr. Axel Horstmann antwortet, dass im Einzelfall Planfeststellungsverfahren länger dauerten, als es wünschenswert sei, treffe zu. Dies müsse aber nicht an zu wenig Personal in den Niederlassungen des Landesbetriebs Straßenbau liegen. Bei Landesstraßen seien die Bezirksregierungen zuständig; damit habe der Landesbetrieb nichts zu tun.

Zu den Verkehrslandeplätzen: Die EU-Richtlinie trete 2005 in Kraft. Das Gutachten wolle man im ersten Quartal 2004 vorlegen. Auf den Flughäfen seien die notwendigen Maßnahmen nach den EU-Sicherheitsrichtlinien sowieso in Planung. Das Gutachten diene lediglich der Frage, wofür das Land prioritär eigene Mittel verwenden wolle.

Vorsitzender Manfred Hemmer eröffnet die Einzelplanberatung.

Auf die Frage von **Heinz Hardt (CDU)** zu Kapitel 08 081 - Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs -, wann Titelgruppe 77 - Metrorapid - auf S. 96 endlich abgeschlossen sei, erwidert **Minister Dr. Axel Horstmann**, es bleibe bei Anfang 2004.

Zu TOP 1 b - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - führt **Vorsitzender Manfred Hemmer** aus, der Verkehrsausschuss sei mitberatend und zuständig für Art. 8 - Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personenahverkehr in Nordrhein-Westfalen - des Gesetzentwurfs.

Zum Wasserentnahmeentgeltgesetz finde morgen eine Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses statt.

2 Bestandsaufnahme der Defizite des Landesstraßenbaus in NRW

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3428

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Christof Rasche (FDP) führt aus, der Antrag datiere vom 8. Januar 2003. Am 11. März 2003 habe das Ministerium mit Vorlage 13/2042 "Ermittlungen des Erhaltungsbedarfes der Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen" berichtet. Grundlage für den FDP-Antrag sei gewesen, dass sich die Haushaltsansätze für den Landesstraßenbau nach den finanziellen Möglichkeiten des Landes und nach den Notwendigkeiten, die der Sanierungsstau mit sich bringe, richten sollten. In Vorlage 13/2042, S. 7, Abs. 4 stehe, dass es in Nordrhein-Westfalen einen Sanierungsstau gebe, dem mit jährlich 107 Millionen € entgegengewirkt werden könne. - Diese Summe gebe der Haushalt a-